

Brief zur Landesausschusssitzung September 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

„ZUHAUSE ÜBERZEUGEN“, das Motto zur Kommunalwahl 2020 in NRW beschreibt - ganz unabhängig von Ergebnissen – unseren Arbeitsauftrag. In den Städten und Gemeinden entscheiden sich ganz konkrete Fragen für die Bürgerinnen und Bürger. Kommunalpolitik ist also die Wurzel der Demokratie und hier sind politische Entscheidungen konkret erlebbar. In der kommunalpolitischen Aktion unserer Arbeitsgemeinschaft hat Lothar Binding durch Fragestellungen die Bedeutung der Kommunalpolitik für uns deutlich gemacht.

- Wo leben wir?
- Wo wohnen wir?
- Wo finden wir alle Altersgruppen?
- Wo arbeiten wir?
- Wo gehen wir zu Fuß, fahren mit dem Rad, dem Bus, der Straßenbahn, dem Auto?
- Wo gehen wir auf den Sportplatz, in das Schwimmbad, die Sporthalle oder den Fitness-Club?
- Wo engagieren wir uns im Musikverein, bei der Feuerwehr?
- Wo gehen wir zur Dichterlesung, ins Theater, das Konzert, zur Volkshochschule?
- Wo gehen unsere Kinder in die Krippe, die Kindertagesstätte, den Hort, in die Schule?
- Wo kaufen wir ein, sitzen im Café, gehen ins Restaurant, erholen uns im Park?
- Wo treffen wir unsere Volksvertreter, Gemeinderäte auf der Straße?
- Wo finden wir 60 Prozent aller öffentlichen Investitionen in Deutschland?

Lothar Binding: **„Es gibt nur eine Antwort“**.

Deutlicher kann man Kommunalpolitik kaum beschreiben. „Zuhause überzeugen“ ist deshalb nicht nur ein Wahlmotto, es ist Verpflichtung für unsere politische Arbeit über Wahlergebnisse hinaus.

Wir müssen uns als Arbeitsgemeinschaft wieder mehr um die großen Fragen der Zukunft kümmern. Als „die“ erfahrenen Mitglieder unserer Partei haben wir eine besondere Aufgabe und Verpflichtung. Dazu braucht es gute Strukturen in den Unterbezirken und Regionen aber keine Richtlinien, die uns in unserer politischen Arbeit eher behindern und einschränken. Wir haben als AG 60 plus – zusammen mit weiteren NRWSPD-Arbeitsgemeinschaften – entscheidenden Einfluss auf den Parteivorstand genommen und in der Frage einer Pflichtregistrierung eine klare Veränderung der Richtlinien erreicht. Dabei haben wir auch die Unterstützung im NRWSPD-Landesvorstand gefunden.

Welche Zukunftsfragen noch beantwortet werden müssen, kann hier nur angeschnitten werden. Wir brauchen dazu eure Mitarbeit in den Ortsvereinen, Unterbezirken, Regionen und örtlichen AG 60 plus Arbeitsgemeinschaften.

- Klimaschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit
- Kontrolle der Finanzmärkte
- Erneuerung der nationalen Sozialpolitik – solidarischer Sozialstaat
- Klares und soziales Europabild
- Bildungspolitik mit erweiterter Sicht, nicht nur Aufbau des Lernens in Schulen und Hochschulen
- Friedenspolitik und Abrüstung, Atomwaffenverbot

Unsere Arbeit im Landesvorstand ist – wie könnte es anders sein – auch stark durch Covid 19 bestimmt und erschwert unser Handeln. Dieses Thema dominiert die Berichterstattung in den Medien und verdrängt ab und zu wichtige Ereignisse und Geschehnisse. War in 2019 noch der so genannte Neustart der SPD von Bedeutung, ist jetzt die Pandemie auf allen „Kanälen“. Dabei waren die Mitglieder- und Regionalkonferenzen mit den Kandidatenvorstellungen, der Mitgliederentscheid und zuletzt der SPD-Parteitag im Dezember aus unserer Sicht herausragende Ereignisse. Nach der Wahl eines neuen Führungsduos haben wir mit Spannung die politischen Prioritäten von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans verfolgt. Dieser Wechsel in der Parteispitze „unserer SPD“ hat – aus meiner Sicht - alleine schon zu einer „Neujustierung“ in der Koalition geführt.

Im Februar geriet der Koalitionspartner in große personelle Schwierigkeiten: Annegret Kramp-Karrenbauer verkündete ihren Rücktritt. Sie ist doppelt gescheitert, an sich und an ihrer Partei, der CDU. Spätestens seit den Ereignissen in Thüringen waren ihre Autoritätsprobleme und ihre Führungsschwäche offensichtlich geworden. Es wurden in der Folge Machtkämpfe in der CDU/CSU deutlich. Insbesondere Vertreter des Wirtschaftsflügels legten der Koalition immer wieder Stolpersteine in den Weg. Besonders deutlich wurde dies in den Themen Grundrente und Mindestlohn. Neueste Attacke: Der Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU, Carsten Linnemann, stellt sich gegen die von der Bundesregierung geplante Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und damit gegen die Pläne der SPD von Hubertus Heil und Olaf Scholz.

In NRW werden wir uns in der Diskussion der künftigen Rentenreform einmischen - und dies sowohl beim NRWSPD-Parteitag als auch beim Parteikonvent. Unsere Beschlüsse und Positionen dazu liegen in den entsprechenden Gremien vor und wir werden diese weiter einbringen und verteidigen.

In der AG haben wir - in Arbeitsgruppen des Landesvorstandes – Positionen zu den Themen: „Europa“, „Digitalisierung“ und „Frieden und Abrüstung“ erarbeitet. Ergebnisse werden wir weiterhin auf unserer Internetseite www.ag60plus-nrwspd.de veröffentlichen, schaut doch mal rein!

Gerne nehmen wir Anregungen und Ideen in unserer Landesausschusssitzung auf und freuen uns auf einen Gedankenaustausch mit Euch.

Mit solidarischen Grüßen
Walter Cremer
Landesvorsitzender AG NRWSPD 60 plus

